

EDITORIAL

„Nehmt der Industrie die Ethik weg!“

hieß die Überschrift des Gastbeitrags eines Ethikers im Tagesspiegel vom 8.4., der die Entwicklung der Ethikleitlinien für vertrauenswürdige KI der EU-Kommission betreute. Die Industrie bemühe sich nicht aufrichtig um ethische Rahmenbedingungen für technische Innovation, so der Philosophieprofessor. Skepsis gegenüber wirtschaftlichen Akteuren ist sicher angebracht, wenn es um politische und rechtliche Rahmenbedingungen geht. Zumal wirtschaftliche Ziele nicht immer leicht in Einklang mit gesellschaftlichen Zielen zu bringen sind. Dass die Wirtschaft oder Industrie per se jedoch nur Interesse an wirtschaftlicher Wertschöpfung und nicht an gesellschaftlichem Wertbeitrag hat, ist meines Erachtens ein Fehlschluss. Ob aufgrund von technischer Innovation künftig gesellschaftlich schädliche Auswirkungen hervortreten könnten, sollten die Treiber der Innovation in vielen Fällen am besten antizipieren und auf Risiken hinweisen können. Informierte Debatten zu ethischen oder rechtlichen Rahmenbedingungen binden stets alle beteiligten Akteure ein – aus Gesellschaft, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Um Rahmenbedingungen für den Umgang mit Technik setzen zu können, muss die Technik zudem zunächst verstanden werden und kann daher nicht ausschließlich mithilfe von Philosophen entwickelt werden, genauso wenig wie ausschließlich mit Technikexperten.

Digital Insight hat den Anspruch, zum digitalpolitischen Diskurs beizutragen. Ich freue mich, Ihnen in diesem Jahr sechs Ausgaben zu übersenden – mit kurzen Einblicken in Themen rund um die Digitalisierung, die uns als Wirtschaftsunternehmen msg beschäftigen. Unsere erste Ausgabe beschäftigt sich mit digitalen Ökosystemen, KI-Ethik-Diskussionen, dem digitalen EU-Wahlkampf über den Digitalpakt und den Digitalpakt 2.0, den sich die stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Katja Suding im Gastbeitrag dieser Ausgabe wünscht. Mit jeweils einem Kommentar eines Experten unseres Hauses, einigen Kurzbeiträgen zu tagesaktuellen Themen (in Brief), Begegnungen (in Person), einem Fachartikel (in Focus) und schließlich je einem Gastbeitrag eines politischen Akteurs oder externen Experten will *Digital Insight* die Auseinandersetzung mit digitalpolitischen Themen fördern und unsere Perspektive als IT- und Beratungsunternehmen mit beinahe 8000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einbringen, in der aufrichtigen Hoffnung, einen konstruktiven gesellschaftlichen Beitrag zu leisten.

Regina Welsch

Senior Public Affairs Manager, msg

Redaktionsleitung *Digital Insight*

COMMENT

Den digitalen Ökosystemen gehört die Zukunft!



von Werner Achtert
(Geschäftsleitung
Public Sector, msg)

Die globale Wertschöpfung basiert zunehmend auf datengetriebenen Geschäftsmodellen. Die Dominanz US-amerikanischer Unternehmen wie Amazon, Facebook und Uber bei digitalen Plattformen lässt Konsumenten in Deutschland wenig Alternativen bei der Nutzung sozialer Medien und Einkaufsplattformen. Damit gehen uns wirtschaftliche Wertschöpfung, Arbeitsplätze und

Steuereinnahmen verloren. Wir verlieren den Anschluss an neue Technologien und Innovationen. Damit werden wir nicht nur wirtschaftlich abgehängt. – Da auch gesellschaftliche Entwicklungen heute im globalen Maßstab stattfinden, verlieren wir damit die Möglichkeit neue Geschäftsmodelle in Einklang mit unseren Werten zu realisieren.

Unser Ziel muss es sein, Alternativen zu schaffen, die attraktiv für die Konsumenten sind, unsere Wirtschafts- und Innovationskraft stärken und zur Umsetzung unserer gesellschaftlichen Vorstellungen beitragen. Um das zu erreichen, brauchen wir eine Regulierung mit Augenmaß. Unser System versucht dem Bürger möglichst viele Risiken abzunehmen. Das führt zwangsläufig zu einer hohen Regelungsdichte und verhindert an manchen Stellen Innovationen. Wir müssen dem mündigen Bürger wieder mehr zutrauen. Wir müssen aber auch für Transparenz digitaler Geschäftsmodelle sorgen, damit der Bürger als Konsument die Folgen seines Handelns einschätzen kann. Der kritische Umgang mit Daten ist daher die wichtigste Digitalkompetenz, die wir an unseren Schulen vermitteln müssen.

Der Staat verfügt über große Datenbestände ohne Sicherheitsrelevanz, die wirtschaftlich nutzbar wären. Die heutigen Open Data-Ansätze sind viel zu kleinteilig angelegt, da jede Verwaltungsebene und jedes Ressort eigene Konzepte verfolgt. Staatliche Einrichtungen müssen Daten einheitlich und unkompliziert für die Nutzung in digitalen Ökosystemen verfügbar machen. Im Gegenzug könnte der Staat auch Daten

aus digitalen Plattformen nutzen – als Ergänzung zu seinen eigenen Datenbeständen, etwa zur Infrastrukturplanung.

Die wirtschaftliche Grundlage eines Unternehmens beruht auf der Fähigkeit, konkurrenzfähige Produkte und Dienstleistungen am Markt anzubieten. In der Plattformökonomie ist die exklusive Verfügungsgewalt über Daten der zentrale Wettbewerbsfaktor. Kenntnisse über Vorlieben und Konsumverhalten von Kunden, Kenntnisse über aktuelle Verkehrsdaten usw. ermöglichen individuelle Angebote und Services. Dabei muss das Recht der Kunden auf informationelle Selbstbestimmung gewährleistet sein. Unternehmen der Plattformökonomie investieren erhebliche Mittel in die Erhebung und Auswertung von Daten. Ohne Schutz dieser Investitionen werden wirtschaftliche Akteure nicht in datengetriebene Geschäftsmodelle investieren.

Wenn wir Alternativen zu den heute dominierenden digitalen Plattformen schaffen wollen, dann müssen wir unsere Stärken gezielt einsetzen. Wir verfügen in Deutschland über hervorragende Forschungseinrichtungen und Technologiekompetenz. Wir haben ausreichend privates Kapital und öffentliche Fördermittel zur Verfügung. Wir müssen Unternehmen der Plattformökonomie den unkomplizierten Zugang zu diesen Finanzierungsquellen ermöglichen. Unser Verständnis von informationeller Selbstbestimmung und Datenschutz unterscheidet sich grundlegend von anderen Staaten, etwa den USA und China. Die jüngsten Datenskandale zeigen, dass die Nutzer auch in den USA immer mehr Wert auf den Schutz ihrer persönlichen Daten legen. Dieses wachsende Bedürfnis nach Schutz der Privatsphäre ist ein Wettbewerbsvorteil für zukünftige digitale Plattformen made in Germany. Und wir haben mit dem europäischen Binnenmarkt einen großen Wirtschaftsraum mit ausreichend Potenzial für digitale Ökosysteme.

Die Chancen stehen also nicht schlecht für datengetriebene Geschäftsmodelle in Deutschland und Europa. Wir müssen nur unsere Stärken nutzen, unsere Kräfte bündeln und uns nicht in Kleinstaaterei verzetteln.



INBRIEF

Deutschland in den Top 10 des Digital Readiness Index

Der digitale Reifegrad Deutschlands wurde signifikant hoch bewertet: laut dem Digital Readiness Index, der von Cisco und Gartner veröffentlicht wurde, gehört Deutschland zur Spitzengruppe und erreicht Platz 6 von 118 Plätzen im internationalen Ranking. Auf dem ersten Platz rangieren die USA, gefolgt von der Schweiz und Singapur. Die Studie basiert auf 7 Bewertungskriterien, darunter technologische Infrastruktur, Lebensstandards, Investitionen und Technologienutzung. Demnach befindet sich Deutschland aktuell in der Intensivierungsphase der Digitalisierung: die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für erfolgreiche Digitalisierung sind zwar sehr günstig, es fehlt aber noch die Offenheit, Neues auszuprobieren und der Mut für höhere Investitionen. Hamburg ist auf Bundesebene das am stärksten digitalisierte Bundesland. Laut einer Bitkom-Studie von 2019 sind beim Einsatz moderner Technologien wie Blockchain aber noch viele deutsche Unternehmen unsicher: Es bedürfe einer übergreifenden Technologieperspektive, einer Intensivierung der Forschung, der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und einer Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

„The future is private.“

Unter dem Motto „the future is private“ kündigte Facebook-Chef Mark Zuckerberg bei Facebooks Entwicklerkonferenz F8 in San José in der vergangenen Woche an, Facebook komplett umzukrempeln und mehr Vertrauen für den Umgang mit Nutzerdaten zu schaffen. Zuckerberg kündigte erneut an, Facebook, Messenger, Instagram, WhatsApp und Oculus zu einer „auf Privatsphäre ausgelegten Plattform“ umzubauen, wie Spiegel Online am 30.4.2019 berichtete. Britta Weddeling kommentierte im Handelsblatt am 1.5.2019, das Versprechen Zuckerbergs mehr Privatheit bei der Nutzung seiner Plattformen zu ermöglichen, sei eine „Farce“. Auf Zuckerbergs Ankündigung, künftig würden „private soziale Plattformen“ wichtiger werden, lachten die Gäste im Saal. Die versprochene Ende-zu-Ende Verschlüsselung bei der Kommunikation über verschiedene Plattformen hinweg schützt die Nutzer nur in Teilen, so Weddeling. Und

die Verknüpfung der Plattformen könnte die Nutzer weiter schwächen: „Wenn es Messenger, Instagram und WhatsApp auf einer digitalen Infrastruktur zusammenführt, dürfte es für Wettbewerbshüter und Datenschützer noch schwerer werden, Facebook anzugreifen.“ Auch weitere Neuerungen, wie etwa die verstärkte Aufdeckung von Falschnachrichten und Regulierung von Parteiwerbung sind geplant. Werbung durch Parteien darf künftig nur in dem Land geschaltet werden, in dem die entsprechende Partei zur Wahl antritt. Bundesjustizministerin Katarina Barley sieht die Verantwortung bei den Plattformen. Facebook hingegen fordert gesetzliche Vorgaben von der Politik, wie die Tagesschau am 5.5.2019 berichtete.

Ethiker kritisieren „Ethics Guidelines for Trustworthy AI“

Eine Expertengruppe der Europäischen Kommission stellte am 8. April die Ethik-Leitlinien für die Nutzung Künstlicher Intelligenz (KI) vor, die von einem 52-köpfigen Expertenteam „High-Level Expert Group on Artificial Intelligence“ (HLEG AI) in neun Monaten erarbeitet wurde. 511 Stakeholder aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft wurden während der Erarbeitung des Papiers „Ethics Guidelines for Trustworthy AI“ konsultiert. Der Philosoph Dr. David Lauer äußerte in einem Kommentar gegenüber Deutschlandfunk Kultur am 14. April, dass intelligente Systeme, egal wie fortgeschritten sie sind, keine moralischen Akteure seien. Nur bei einem moralischen Akteur stelle sich die Frage der Vertrauenswürdigkeit. Auch Thomas Metzinger, Professor für theoretische Philosophie an der Universität Mainz und Mitglied der Expertengruppe kritisierte in einem Gastbeitrag im Tagesspiegel am Tag nach der Vorstellung der Leitlinien die Bezeichnung „vertrauenswürdige KI“ als „begrifflichen Unsinn“. Andererseits sei es eine international derzeit einmalige Errungenschaft in der Debatte um ethischen Umgang mit KI, so Prof. Metzinger. Leider seien die Richtlinien durch „Fake Ethics“ „verwaschen“ worden. Eigentlich gehe es darum, Zukunftsmärkte zu entwickeln und die Ethikdebatte diene der Dekoration, so Metzingers Eindruck der neunmonatigen Verhandlungen.

INPERSON

„Leben ohne EU ist wie...“

Beim dritten Netzwerktreffen *Digitale Synergien* am 29.4. in Berlin, Kreuzberg stellte der Geschäftsführer der Initiative Offene Gesellschaft Philip Husemann eine digitale Wahlkampagne vor, die unter 25-Jährige zur EU-Wahl animieren will. Mit Slogans wie „Leben ohne EU ist wie Erasmus ohne Ausland“ bemüht sich Philip Husemann zusammen mit einem Team von Freiwilligen, unter Ihnen auch Wahlkampfperte Julius van de Laar, Partner für die Kampagne zu gewinnen. Die Slogans sollten nicht nur in den sozialen Medien erscheinen, sondern auch in Fitnessstudios, auf Kondomen oder bei den Fridays for Future Demos. „In sozialen Medien erreichen wir die Leute vor allem über Instagram und Snapchat“, erklärte Husemann. Die Kampagne hat nicht zum Ziel, Sachargumente zu vermitteln, sondern setzt auf Coolnessfaktor, Identifikation

und Emotionen. Mit dem Arbeitsleitbild „keine Mobilisierung ohne Emotionalisierung“ hofft das Team, einen Anstieg der niedrigen EU-Wahlbeteiligung zu erreichen. „In Deutschland gibt es mehr Menschen, die nicht wissen, dass am 26. Mai die Europawahlen stattfindet als Menschen, die es wissen. Das wollen wir ändern“, bekräftigte Husemann. Beim Netzwerktreffen Digitale Synergien diskutierten zehn Teilnehmende, u.a. Mitarbeitende des Deutschen Bundestags, Polisphäre, Wikimedia, nebenan.



de Stiftung und LOAD e.V. über Ansätze digitaler Wahlkampagnen und deren Erfolgskriterien. Das nächste Treffen findet am 23.5.2019 statt.

INFOCUS

Der Digitalpakt in der Praxis – kleine Revolution von unten

Die Ausgestaltung des Digitalpakts gehörte in den letzten Monaten zu den am meisten und besonders kontrovers diskutierten Themen der deutschen Politik. Vor allem die Verteilung der Mittel und die Geschwindigkeit der Umsetzung an den Schulen standen neben den impliziten verfassungsrechtlichen Fragen im Fokus. Aus dem Blickfeld geraten sind dabei oftmals die Mittelempfänger: Die dezentralen Bildungseinrichtungen. Ihnen und den Kommunen kommt in den nächsten Monaten und Jahren die Kernaufgabe zu, die digitale Transformation im Unterricht und damit im Verbund aus Lehrern, Eltern und Schülern voranzutreiben. Dabei stehen zwei Ergebniserwartungen im Vordergrund: Medienkompetenz im Allgemeinen einerseits sowie andererseits die konkreten digitalen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler, die mit diesen erworbenen Fertigkeiten auf den Arbeitsmarkt entlassen werden.

Unter Medienkompetenz, die nach den Standards der Kultusministerkonferenz den Rang einer Kulturtechnik neben Lesen, Schreiben und Rechnen erlangt hat, versteht sich der kritische, sachkundige und mündige Umgang mit Geräten,

Online-Ressourcen und vor allem den dort verfügbaren Inhalten. Die konkreten Kompetenzprofile finden sich eher in den Rahmenlehrplänen. Zum einen werden diese Inhalte durch Landespolitik und spezifische, teilweise auf den jeweiligen Fachbereich bezogene didaktische Erwägungen beeinflusst. Zum anderen wird den einzelnen Bildungseinrichtungen ein großer Spielraum eingeräumt, in den Fachbereichen und damit in der Hoheit der einzelnen Kollegien den richtigen Einsatz neuer Technologien und digitaler Inhalte abzuwägen und umzusetzen. Pädagogisch-didaktische Netze und Medienbildungsressourcen, die Herzstücke einer gelungenen Medienstrategie im Unterricht, stecken oftmals noch in den Kinderschuhen.

Getrieben wird der digitale Wandel aus den Kerneinheiten des Schulsystems: Einzelne Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Eltern oder Klassenverbände aktualisieren Material, teilen Erfahrungen miteinander, im Kollegium oder Fachverband, geben Informationen über Plattformen weiter und tragen so zur Entwicklung des Gesamtsystems bei. Universi-

täten, Fachberater und pädagogische Institute leiten seitens der kommunalen und landespolitischen Träger diesen Prozess an und unterstützen durch Fort- und Weiterbildung.

Die zugrundeliegende Infrastruktur darf nicht ad-hoc, sondern muss mittel- und langfristig geplant werden. Den Sachaufwandsträgern kommt dabei die Pflicht zur Bereitstellung zu: Serverkapazitäten, Gigabitnetze, WLAN, bedarfsgerechte gemanagte Geräte, Mobile Device Management, Cloud-Lösungen, zentrale Verwaltungseinheiten, digitale Klassenbücher und vieles mehr. An dieser Stelle leistet der Digitalpakt Entwicklungshilfe, um diese Neuerungen in die Fläche zu bringen. Ausgewogen ist er dahingehend, dass er sich nicht allein auf Geräte und Infrastruktur konzentriert, sondern auch die medienpädagogische Quali-

fikation der Lehrkräfte in den Blick nimmt. Medienkonzepte und Medienteams an den Schulen sind ein wichtiger Baustein, um die Entwicklung von unten zu treiben. Erschöpfende Antworten, welche einzelne digitale Fähigkeit im Einzelnen gefördert wird, geben sie noch nicht. Vieles ist noch in der Findung und erfordert Entwicklung durch Austausch und Best Practices.

Dennoch setzt der Digitalpakt einen Startpunkt, neue Technologien und digitale Kompetenzen in die Bildungseinrichtungen und somit in den Unterricht zu bringen. Damit sie am Ende dieser Transformationswelle für alle am Schulbetrieb Beteiligten als das angesehen werden, was sie sein sollten: Ein alltäglicher Teil der Bildungsrealität.

Dr. Jan Engelke, Lead Business Consultant, msg

POLITICAL VOICE

VON KATJA SUDING (STELLVERTRETENDE FDP-BUNDESVORSITZENDE)

Technik allein reicht nicht: Wir brauchen einen Digitalpakt 2.0



Das Grundgesetz wurde geändert, der Digitalpakt kann unterzeichnet werden. Katapultiert er unsere Schulen ins digitale Zeitalter? Leider nicht. Der Digitalpakt investiert vor allem in Hardware. Er finanziert weder IT-Administratoren

für die Hardware noch digitale Lernmittel. In Hamburg rühmt sich der Senat damit, nun 45.000 Computer anzuschaffen. Als digitale Lernmittel stehen in Hamburg aber gerade einmal 100 Unterrichtsbausteine und zwei Lernprogramme zur Verfügung – für alle Schulformen und Jahrgänge wohlge-merkt. Die Gefahr ist groß, dass die Geräte bereits veraltet sind, bevor es ausreichend Unterrichtsmaterial gibt, um sie sinnvoll einzusetzen.

Dass IT-Administratoren für die Wartung und digitale Lernmittel für den Einsatz von Technik an der Schule fehlen, ist aber nicht die einzige Hausaufgabe, die die Länder vor dem Digitalpakt

nicht erfüllt haben. Die Fragen des Datenschutzes sind nach wie vor komplett unklar. Die allermeisten Länder und Kommunen weigern sich, den Schulen und Lehrkräften klare Vorgaben zu machen, wie digitale Hilfsmittel im Unterricht überhaupt eingesetzt werden dürfen. Sie wissen es selbst schlicht nicht. Wenn die Verwaltungen aber nicht wissen, wie die Daten geschützt werden müssen, können sich Entwickler von Lernplattformen und digitalen Lernmitteln auch nicht danach richten. Wir brauchen dringend Datenschutzstandards für den Unterricht, am besten länderübergreifend und bundesweit.

Das alles macht deutlich, dass der aktuell vorliegende Digitalpakt nicht ausreichen wird, um unsere Schulen zeitgemäß auszustatten. Möglichst schnell brauchen wir einen weiteren Digitalpakt. Der Digitalpakt 2.0 muss drei Dinge sicherstellen: Erstens, dass die Technik an den Schulen gewartet wird. Zweitens, dass digitale Lernmittel für alle Schulformen, alle Fächer und alle Jahrgänge zur Verfügung stehen. Und drittens, dass hohe, verbindliche und klare Datenschutzstandards für Schüler- und Lerndaten entwickelt und umgesetzt werden. Nur dann wird die digitale Bildung zu einer wirklichen Chance für alle Schülerinnen und Schüler.

TERMINANKÜNDIGUNGEN

13.5.2019, 18:30 Uhr, Berlin: Digital Surveillance and Democracy – Panel Discussion (engl)

mit Prof. Claudia Aradau, Prof. Didier Bigo, Thorsten Wetzling

Veranstalter: wzb

Ort: WZB Berlin Social Science Center, Room A 300

Anmeldung bis 9.5.2019 unter ronja.kniep@wzb.eu

14.5.2019, 19 Uhr, Berlin: Digitalisierungsgespräche - Digitalisierung und Demokratie

mit Bundestagsabgeordneten, Vertreterinnen und Vertretern aus Bundesministerien, NGOs, Startups, Wirtschaft und Wissenschaft, u.a. Prof. Peter Parycek und Julius van de Laar

Veranstalter: msg

Ort: Soho House Berlin, Torstraße 1, 10119 Berlin

Nur für geladene Gäste

23.5.2019, 19 Uhr, Berlin: Digitale Synergien – Netzwerktreffen und Diskussion

mit wissenschaftlichen Mitarbeitenden und Referentinnen/Referenten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und NGOs

Veranstalter: msg

Ort: Restaurant Jolesch, Muskauer Str. 1, 10997 Berlin

Bei Interesse kontaktieren Sie alexandra.evdokimova@msg.group

6.6.2019, 19 Uhr, Berlin: Data Economy – offene Diskussion

mit Saskia Esken, Prof. Dirk Heckmann, Luise Kranich, Werner Achttert

Veranstalter: Discussing World Politics e.V.

Ort: GIZ-Hauptstadtrepräsentanz - Reichpietschufer 20, 10785 Berlin

Anmeldung erforderlich unter: data-economy@discussing-world-politics.org

MITWIRKENDE AUTOREN:



Dr. Jan Engelke



Alexandra Evdokimova

IMPRESSUM

msg systems ag

Wittestraße 30, Gebäude K, 6.OG

13509 Berlin, Deutschland

Mobil: +49 1520 238 5842

E-Mail: public-affairs@msg.group

Redaktionsleitung: Regina Welsch

www.msg.group

© msg systems ag 2019